

Working Paper

Nr. 7 | März 2025

Leitkultur und Moral: Philosophische Hintergründe eines politisch umstrittenen Begriffs

Christian Göbel

Zusammenfassung

Gängige Kritik am Leitkulturbegriff der CDU ist unzutreffend, weil er ein Wertesystem meint, nicht deuschtümelndes Brauchtum, und keine kulturimperialistischen Züge trägt. Es geht nicht um eine nur-deutsche Kultur, sondern um das universelle Menschenrechtsethos, welches allerdings im deutschen Grundgesetz vorbildlich umgesetzt ist. Die gesellschaftliche Vision im Hintergrund des Leitkulturbegriffs prägt sowohl das Bildungs- als auch das Integrationskonzept der CDU. Diese Vision verdient es, **(1)** immer wieder neu in Erinnerung gerufen zu werden, **(2)** durch sittliche Bildung geformt und **(3)** gegen eine virulente Skepsis angesichts globaler Attacken auf das Menschenrechtsethos und die internationale Friedensordnung (Ukraine-Krieg u.a.) sowie extremistischer Bestrebungen innerhalb Deutschlands (Islamismus u.a.) verteidigt zu werden.

Einleitung

Im soeben zu Ende gegangenen, nach dem Bruch der Ampelkoalition unerwartet kurzen Wahlkampf in Deutschland war neben wirtschaftlichen Sorgen das Thema Migration zentral, das – fokussiert auf fundamentalistische Formen des Islam – bereits im Verlauf des Jahres 2024 wiederholt politische Debatten ausgelöst hatte: Auch Unionspolitiker verstärkten nach den tödlichen Attentaten von Mannheim und Solingen und dem versuchten Anschlag auf das israelische Konsulat in München ihre Forderungen nach Einwanderungsbegrenzung und Abschiebung von Straftätern. Zum Jahresende verschärften die erneuten Silvesterangriffe auf Polizei und Rettungsdienste sowie der Anschlag von Magdeburg, obgleich er nicht ins Muster passt, die Debatte weiter.¹

Kritiker der Abschiebungsdiskussionen verlangten hingegen eine bessere Integration von Migranten. Doch gerade der umstrittene Begriff der *Leitkultur*, den die CDU in ihrem am 7.5.2024 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm wiederbelebt hat, weist, recht besehen, in diese Richtung und gehört nicht in die völkisch-deutsch-tümelnde Ecke, in die er von politischen Gegnern gern gestellt wird. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr soll hier dazu dienen, den Begriff zeitgeschichtlich einzuordnen, philosophische Hintergründe auszuleuchten und Missverständnisse auszuräumen.²

Wesentlich sind dabei zwei Dinge: Erstens geht es bei der Leitkultur weniger um die leitende Kultur eines bestimmten Volkes als um die sittliche Kultur des Menschseins. Zweitens ist herauszustellen, dass das Programm der CDU von einer *Vision* geleitet wird, nämlich der Überzeugung, dass sich moderne Gesellschaften am Ziel einer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung orientieren müssen, die dem universellen Menschenrechtsethos entspricht. Vorbildlich umgesetzt wird dies im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen 75. Geburtstag im vergangenen Jahr gefeiert wurde. Diese Vision verdient Gehör in Zeiten, in denen nicht nur innenpolitische Probleme, sondern auch die weltpolitische Lage den Glauben an moralischen Fortschritt erschüttern können. Diese Gefahr *eint* die großen sozialen Themen der Gegenwart, die in den folgenden Überlegungen gestreift und kommentiert werden. Neben Migration, Kriminalität und Islamismus bzw. der größeren Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik sind das zeitgeschichtliche Ereignisse wie der andauernde Krieg Russlands in der Ukraine und seine Implikationen. Vor dem Blick auf das Grundsatzprogramm der CDU stehe deshalb eine geschichtsphilosophische und friedensethische Skizze.

„Zeitenwende“ und „Ende der Geschichte“ (F. Fukuyama)

Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24.2.2022 ist als „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) bezeichnet worden – nicht nur, weil er eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und

¹ Unter den jüngsten Anlässen migrationspolitischer Debatten im Wahlkampf, den Anschlägen von Aschaffenburg (22.1.2025) und München (13.2.2025), stellt ersterer ebenfalls einen Sonderfall dar: er wurde von einem ausreisepflichtigen, psychisch kranken Menschen begangen. Trotz der offensichtlichen Fehler, die hier begangen wurden: Extremismus und mangelnde Integration scheinen in diesem Fall keine wesentliche Rolle gespielt zu haben. Zudem geht in der durch schreckliche Einzeltaten befeuerten Debatte leicht unter, dass es in Deutschland schlimmere Quellen von Gewalt als abgelehnte Asylbewerber gibt und dass Zuwanderung als solche ein weniger akutes Problem zu sein scheint als in der Vergangenheit: nach den Anfang Januar vorgelegten Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nahmen z.B. 2024 Asylanträge gegenüber 2023 stark ab, und die irreguläre Migration ist weit geringer als die reguläre.

² Das Grundsatzprogramm kann hier heruntergeladen werden: <https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/>. Freilich hat es auch Missverständnisse unter Unionsanhängern gegeben, die Kritik begünstigt haben.

der globalen Friedensordnung nach 1945 darstellt, sondern vor allem, weil er Krieg auf eine Art nach Europa zurückgebracht hat, die man nach 1989 nicht mehr für möglich gehalten hatte: Putins Machtstreben könnte mittelfristig auch eine Bedrohung für Deutschland bzw. seine Bündnispartner in NATO und EU darstellen. Die „Zeit“, deren Ende diese „Wende“ markiert, ist also die Epoche seit dem Ende des Kalten Krieges – eine Zeit, in der man im Westen von dauerndem Frieden, Demokratie, freundschaftlichem Austausch und Handel mit Partnern in aller Welt träumen konnte.

Der Umbruch hingegen, den das Ende des *Kalten Krieges* darstellte, wurde als so groß empfunden, dass er nicht bloß als „Zeitenwende“, sondern gar als „Ende der Geschichte“ bezeichnet wurde. Den Begriff prägte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in seinem Aufsatz „The End of History?“ von 1989 und im 1992 veröffentlichten Buch *The End of History and the Last Man*, das sich an einem geschichtsphilosophischen Systementwurf versucht.³ Die durch Konflikt vorangetriebene menschliche Geschichte habe nun ihren Zielpunkt erreicht, da sich gegenwärtig zeige – der Aufsatz wurde im Sommer 1989 veröffentlicht –, wie sich die bestmögliche Gesellschaftsform liberaler und marktwirtschaftlicher Demokratie endgültig gegenüber konkurrierenden Formen (Kommunismus, Faschismus) durchsetze. Denn diese führten nachweislich zu Krieg, behinderten so Wohlstand und disqualifizierten sich damit selbst.

Kritiker taten Fukuyama schnell als Neokonservativen und Kulturimperialisten oder bestenfalls als Optimisten ab. Und wer heute den Gedanken vom „Ende der Geschichte“ noch im Kopf hat, sieht Fukuyamas vermeintlichen Triumphalismus durch die „Zeitenwende“ widerlegt.⁴ Doch nicht selten wird der Begriff aufgrund von Missverständnissen etwas voreilig zurückgewiesen.

Nachdem es zunächst vor allem ideologische Kritik an Fukuyamas Amerikanismus oder, genereller, an seinem historischen Visionismus gab, während ihn unmittelbar auf die Veröffentlichung des Aufsatzes folgende *Ereignisse* zu bestätigen schienen (Fall der Mauer, Zerfall der Sowjetunion), wendete sich bald auch das Blatt zeitgeschichtlicher Fakten: *Historische Zweifel* an Fukuyamas These weckten die durch das Streben von Ethnien nach nationaler Identität motivierten Balkankriege der 1990er Jahre, später das immer aggressivere Machtstreben undemokratischer Regimes in Asien (China, Nordkorea) und schließlich der islamistische Terror der letzten Jahrzehnte. Putins imperialistischer Angriffskrieg gegen die Ukraine scheint die Vision vom Ende der Geschichte, die zunehmenden Frieden und Demokratie verspricht, endgültig als naiv zu entlarven. Dass auch im Westen Antidemokraten, Populisten und Nationalisten erstarken, sogar Sympathie für das russische Unrechtsregime zeigen, macht die Sache noch dramatischer.

Geschichtsoptimismus

Wir brauchen hier nicht auf die ökonomischen Aspekte von Fukuyamas Geschichtsdeutung und insbesondere seine Idealisierung des wirtschaftlichen Liberalismus bzw. Kapitalismus einzugehen. Durch die vielfältigen – ideologischen wie zeithistorischen

³ Francis Fukuyama, „The End of History?“ in: *The National Interest* 16 (1989), 3-18; Ders., *The End Of History and the Last Man*. New York 1992, deutsch: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

⁴ Beispielhaft sei W. Tischner zitiert, der von einer „Rückkehr der Geschichte“ spricht („Rückkehr der Geschichte. Prognostik aus historisch basierter Argumentation,“ in: *Die Politische Meinung* 588, 10.12.2024, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/die-rueckkehr-der-geschichte>). Mit dieser Möglichkeit hat aber Fukuyama selbst ausdrücklich gerechnet (s.u.).

– Einwände kann aber übersehen werden, dass Fukuyamas von Hegel, Marx⁵ und dem französischen Hegelinterpreten Alexandre Kojève inspirierter Geschichtsoptimismus zumindest im Kern nicht von jener traditionsreichen Linie philosophischer Anthropologie abweicht, die den aristotelischen Gedanken der teleologischen Verfasstheit der Natur auf die menschliche Geschichte ausweitete: Wenn die menschliche Natur auf die vollkommene Verwirklichung ihres rationalen Potenzials angelegt ist, gibt es ein Ziel der geistigen, moralischen und politischen Entwicklung des Menschen: sie findet Erfüllung in einer Gesellschaftsordnung, die die Würde jedes Menschen achtet.

Das heutige Menschenrechtsethos übersetzt philosophische Anthropologie – als Bestandsaufnahme dessen, was der Mensch seiner Natur nach faktisch ist und immer mehr sein soll, nämlich vernunftbegabtes Wesen – in Ethik. Es stellt die Verbindung her zwischen dem, was Aristoteles die „spezifische Funktion“ des Menschen nennt,⁶ der daraus resultierenden Würde und den diese Würde explizierenden Grundrechten. So argumentiert etwa die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 in Artikel 1. Christliche Denker gehen in der Begründung der Menschenwürde über die Feststellung der Vernunftbegabung und Verantwortlichkeit des Menschen hinaus, verstehen diese als Gottebenbildlichkeit und betonen das Geschaffen- und Geliebtsein des Menschen von Gott. Dass sich die Menschheit auf demokratische Staatsformen hin entwickelt, können sie somit als „von Gott gewollt“ verstehen, wie es etwa der französische Ordensgründer Emmanuel d’Alzon (1810-80) ausdrückt, der selbst den Wandel vom royalistischen Katholiken zum „katholischen Republikaner“ vollzog, da so die Gleichheit aller Menschen vor Gott politisch umgesetzt werde.⁷

Der englische Originaltitel von Fukuyamas Aufsatz bringt den Grundgedanken noch deutlicher zum Ausdruck: das Wort „end“ heißt sowohl „Ende“ als auch „Ziel“: es geht um ein Ziel der Geschichte, das zugleich eine Art Ende ist, weil es die Höherentwicklung des Menschen zu geistiger Reife vollendet. Anders gesagt: im Liberalismus sieht Fukuyama lediglich den „Endpunkt“ der „ideologischen Evolution der Menschheit“ und meint, dass die „theoretische Wahrheit“ der Ideale einer liberal und demokratisch sowie marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaftsordnung absolut sei und „nicht verbessert werden“ könne.⁸ Als pazifistische Utopie würde die These vom Ende der Geschichte missverstanden. Denn sie besagt keineswegs, dass es keine großen Ereignisse mehr geben würde. Auch dass es weiter Konflikte, Kriege und antidemokratische Umtriebe geben wird, benennt Fukuyama klar. Zwar hat die *Menschheit* prinzipiell – denkerisch und exemplarisch in einigen Regionen – ihren ideologischen Endpunkt erreicht, aber längst nicht *alle Menschen*, Staaten und Gesellschaften. Noch, so führt Fukuyama aus, seien die demokratische Grundordnung nicht überall verwirklicht oder auch nur ihre Vorteile eingesehen. Konflikte zwischen Staaten, die noch nicht an diesem Ziel angekommen sind, sowie zwischen diesen Staaten und jenen, die schon jenseits der Entwicklungsgeschichte zur freiheitlichen Ordnung stehen, seien weiter möglich. Selbst in demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaften bestehe die Gefahr, dass Einzelne damit unzufrieden seien und aus purer Langeweile

⁵ Fukuyamas Ansatz, den Kommunismus mit dem ökonomisch-geschichtsphilosophischen Instrumentarium des Marxismus selbst zu *widerlegen*, ist oft herausgestellt worden.

⁶ *Nikomachische Ethik* I 7.

⁷ Hier zitiert nach B. Knowltons englischer Übersetzung von „Fr. Emmanuel d’Alzon’s Articles in *La Liberté Pour Tous* (1848)“ auf <https://assumption.us/virtual-library/fr-emmanuel-dalzens-articles-in-la-liberte-pour-tous-1848/>.

⁸ Fukuyama, „The End of History“, 4 und 8 (meine Übersetzung).

oder persönlichem Machtstreben Konflikt suchen oder illiberale und vordemokratische Verhältnisse herbeiführen. Damit könne eine Gesellschaft gleichsam ‚in die Geschichte zurückfallen‘.

Zwar war Fukuyama vor 35 Jahren bezüglich der Entwicklung in China und Russland optimistischer, als es aus heutiger Sicht geboten gewesen wäre, aber grundsätzlich schließt er beide Staaten in das Risiko ein, das er für Entwicklungs- und Schwellenländer beschreibt: sie „bleiben im Sumpf der Geschichte stecken und werden auf Jahre hinaus Schauplätze von Konflikt sein“. Ergänzt sei, dass Fukuyama keineswegs damit rechnet, dass jemals „alle Gesellschaften erfolgreiche liberale Gesellschaften“ werden, aber doch damit, dass irgendwann illiberale Gesellschaften nicht mehr den Anspruch erheben, „höhere menschliche Gesellschaftsformen“ darzustellen.⁹

Zu hoffnungsvoll war Fukuyama wohl auch bezüglich der menschlichen Lernfähigkeit aus der Geschichte. Zwar brachte erst das 20. Jahrhundert den ideologischen Triumph des Liberalismus über Faschismus und Kommunismus, doch im Grunde seien die Prinzipien der liberalen Demokratie als bestmöglicher Gesellschaftsform schon im Europa des 19. Jahrhundert erreicht worden (wenngleich nicht gesamtgesellschaftlich umgesetzt). Für den Westen brachte also das 20. Jahrhundert vor allem verheerende Rückschritterfahrungen – gerade den Ersten Weltkrieg sieht Fukuyama als abschreckendes Beispiel eines sinnlosen Rückfalls in irrationale nationalistische und imperialistische Bestrebungen –, die aber, so hoffte Fukuyama 1989, durch den Eingang ins kollektive Gedächtnis der Menschheit dem mit dem Untergang des Kommunismus vollendeten Siegeszug liberalen Denkens Nachhaltigkeit verschaffen könnten. Anfang des Jahres 2025, wo neuer Nationalismus, alter Antiinternationalismus und neoimperialistische Expansionspolitik drohen, zeigt sich leider, dass diese Lehren nicht überall gefruchtet haben.

Doch obgleich auch andere Details von Fukuyamas geschichtsphilosophischer Vision strittig bleiben – darunter die im Buch entfalteten anthropologisch-metaphysischen Spekulationen über das menschliche Streben nach Anerkennung als Motor der Geschichte und die postulierte Notwendigkeit historischer Entwicklungen –, ist die Grundüberzeugung, dass es prinzipiell keine bessere Gesellschaftsform als die freiheitlich-demokratische geben kann, keineswegs widerlegt, auch nicht angesichts jüngster Entwicklungen.

Populäre pessimistische Pauschalurteile bleiben ja fraglich¹⁰: dass z.B. in Asien gar kein Interesse an Demokratie herrsche (Experten führen als Gegenbeleg neben Japan und Korea immer wieder Taiwan an) oder dass islamistischer Terror das Desinteresse des Islam an Menschlichkeit und Frieden belege. Zwar sieht Fukuyama selbst mit Blick auf das iranische Modell einer theokratischen Staatsverfassung den „radikalen Islamismus“ als den „einzigsten wirklichen Konkurrenten der Demokratie“,¹¹ aber ob diese Art der Politisierung von Religion nachhaltig oder mit einem recht verstandenen

⁹ Ebd., 15 und 13 (meine Übersetzung).

¹⁰ Der Pessimismus, auf den ich mich im Verlaufe dieses Beitrags beziehe, ist in Gesellschaft und Politik allgegenwärtig und zu unterscheiden vom skeptischen Extremismus neoreaktionärer Ideologen wie des zurzeit in den USA viel zitierten Curtis Yarvin und anderer Protagonisten des sog. „Dark Enlightenment“.

¹¹ So in der *Washington Post* vom 24.8.2008. Schon im Buch von 1992 hatte Fukuyama den Islam als Gefahr für die liberale Ordnung benannt, war aber noch optimistischer, dass diese durch einen zunehmenden Einfluss westlicher Lebensweise in muslimischen Ländern gebannt werden könnte. Übrigens warnt Fukuyama heute auch eindringlich vor anderen Gefahren für die liberale Gesellschaft, z.B. angesichts der letzten US-Wahl im *Spiegel* vom 31.10.2024.

Islam kompatibel ist, ist längst nicht erwiesen.¹² Auch Putins Russland oder das Erstarken des Populismus in westlichen Staaten belegen nicht, dass Autokratie der Demokratie überlegen ist. Für die momentanen ‚Erfolge‘ antidemokratischer Bestrebungen gibt es wohl weniger substanzielle als akzidentielle Gründe. Diese sind vielschichtig, haben aber immer mit Unbildung, oft verstärkt durch Verführung, Propaganda und Manipulation, in Russland darüber hinaus mit Staatsterror und Zwang, zu tun.

Historische Prognosen werden in wissenschaftlichen Diskursen oft mit Argwohn betrachtet, aber wir dürfen unterscheiden zwischen dem – problematischen – Anspruch, geschichtliche Notwendigkeiten vorherzusagen, und hoffnungsstiftenden Visionen, die sinnvoll bleiben, selbst wenn die Realität Widersprüche und Rückschritte bereithält. Wer eine unzulängliche Realität politisch verbessern will, muss am Ideal einer gerechten, friedlichen und menschlicheren Welt festhalten.

Das aber schließt keineswegs eine angemessene, gegebenenfalls auch militärische Antwort auf die vielfältigen Bedrohungen liberaler, am Menschenrechtsethos orientierter Gesellschaftsordnungen aus. Diesen Gedanken bejaht auch das Leitbild des „gerechten Friedens“ der christlichen Kirchen, das in der deutschen Friedensethik die ältere Lehre vom gerechten Krieg weitgehend abgelöst hat. Zwar hat darin Gewaltprävention Vorrang – also Friedensschaffung *durch gerechte* Verhältnisse –, aber zugleich ist nur ein Friede akzeptabel, der *gerecht ist*, weil er die Würde und Grundrechte jedes Menschen sowie Freiheit und Demokratie garantiert. Wo diese Werte durch Gewalt bedroht sind, sind militärische Mittel legitime Instrumente gerechtfertigter „Gegengewalt“ und einer „gewaltbewehrten Rechtsordnung“, wie es die katholischen deutschen Bischöfe in ihrer Schrift *Gerechter Friede* formulieren.¹³

Katholische Friedensethik und universeller Anspruch des Menschenrechtsethos

Trotz durchaus ‚pessimistischer‘ – von Kritikern gern übersehener – Überlegungen zur Umsetzbarkeit des Liberalismus und zur globalen Verwirklichung dessen, was das Schlagwort vom „Ende der Geschichte“ besagen will, vertritt Fukuyama einen Geschichtsoptimismus, der den universellen Wert demokratischer Prinzipien betont. Ungeachtet der Schwierigkeiten und Schwachstellen, die Fukuyamas Systementwurf haben mag: in diesem Gedanken bleibt seine provokante These auch 2025 anknüpfungsfähig und deckt sich mit christlichen Positionen. Das zitierte Hirtenwort *Gerechter Friede* ist ein Beispiel dafür. Es geht sogar weiter als Fukuyama, der nicht mit dem bloßen Verweis auf den offensichtlich andauernden Unfrieden in der Welt widerlegt werden kann, da er, wie gesehen, kein explizit pazifistisches Argument vorträgt.

Das Hirtenwort hingegen, Zentraldokument katholischer deutscher Friedensethik, gewinnt seine Hoffnung auf eine tatsächliche Realisierbarkeit von Frieden aus der Einsicht, dass sich Menschen unabhängig von ihrer kulturellen Prägung nach einem Frieden sehnen, der gerecht ist, weil er den Schutz von Würde und Menschen-

¹² Mehr dazu unten.

¹³ Die Deutschen Bischöfe, *Gerechter Friede*. Bonn 2000, 4. Aufl. 2013, hier Nr. 67 und 51. Die Schrift kann hier heruntergeladen werden: <https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/die-deutschen-bischoefe/hirtenschreiben-erklaerungen/gerechter-friede.html>. Zum „gerechten Frieden“ vgl. zuletzt meine Beiträge „New Era, New Ethics? A German Perspective on Just War and Just Peace“, *Small Wars Journal*, 6.1.2025, <https://smallwarsjournal.com/2025/01/06/new-era-new-ethics-a-german-perspective/> und ausführlicher „Strategie und Moral. Ethische Aspekte des Ukraine-Krieges“, in: U. Hartmann, R. Janke, C. v. Rosen (Hg.), *Jahrbuch Innere Führung 2023-24*. Berlin 2024, 186-205.

rechten garantiert, und der am besten durch kooperativ-demokratische Gesellschaftsformen verwirklicht wird. Die Bischöfe stützen sich dabei nicht nur auf christliche Prinzipien, sondern verweisen auf das universale Menschenrechtsethos, das die Charta der Vereinten Nationen prägt und so Fundamente einer weltweit akzeptablen Wertegemeinschaft bereitgestellt hat. Explizit stellen sie fest, dass „sich die Demokratie nicht ausschließlich für wirtschaftlich und sozial fortgeschrittene Länder“ des westlichen Kulturkreises eigne.¹⁴ Schon der katholische Philosoph Jacques Maritain, der die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 mitbeeinflusste, betonte die Kulturunabhängigkeit der Grundrechte, indem er darauf verwies, dass sich alle Unterzeichnerstaaten darauf einigen konnten.¹⁵

Die deutschen Bischöfe haben in der 2024 veröffentlichten Schrift *Friede diesem Haus* ihre Friedensethik aktualisiert. Vielfach wurde hierin eine Relativierung insbesondere des Gedankens der universellen Tauglichkeit und Exportierbarkeit einer Demokratie nach westlichem Vorbild angesichts der jüngsten Erfahrungen in Konfliktgebieten gesehen. Auf das wohl prominenteste Beispiel dafür, den 2021 mit der erneuten Machtübernahme der Taliban beendeten internationalen Einsatz in Afghanistan, nimmt Angela Merkel in ihren kürzlich erschienenen Memoiren Bezug, und sie zitierte den Gedanken auch vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags am 5.12.2024: aus Afghanistan sei die Lehre zu ziehen, dass die demokratische Entwicklung in einem Land „von außen“ kaum zu beeinflussen sei.¹⁶ Demgegenüber bleibt aber festzuhalten, dass auch die in Afghanistan begangenen Fehler *nicht* belegen, dass ein islamisches Land nicht grundsätzlich – „von innen“ her – den Wunsch nach Demokratie entwickeln könnte.

Ähnlich lässt sich die neue Schrift der Bischöfe lesen: tatsächlich scheinen sie der als Realismus auftretenden pessimistischen Skepsis bezüglich ihrer eigenen Hoffnung, „die Achtung der Menschenrechte könne durch Ausbreitung demokratischer Regierungsformen in einem fortschreitenden historischen Prozess durchgesetzt werden“, Zugeständnisse machen und den noch im Jahr 2000 in *Gerechter Friede* leitenden Optimismus einschränken zu wollen, wenn sie nun sagen, dass die „Demokratisierung stärker als bisher kulturelle Gegebenheiten berücksichtigen“ soll. Das aber bleibt vage und wird nicht näher ausgeführt. Denn am Grundgedanken der Demokratie als der der menschlichen Natur am besten entsprechenden Gesellschafts- und Politikform halten die Bischöfe ausdrücklich fest, wenn sie sagen, dass die „Berufung des Menschen zur Freiheit, die sich auch in individueller und politischer Selbstbestimmung und also der Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens erweist, (...) eine demokratische Regierungsform voraus[setzt]“.¹⁷

¹⁴ *Gerechter Friede*, Nr. 85.

¹⁵ Freilich, so Maritain, aus unterschiedlichen Gründen. Einen kurzen Überblick mit Zitaten aus Maritains Buch *Man and the State* (1951) bietet Mike Aquilina, „How a Catholic thinker made human rights universal“, in: *Angelus*, 23.1.2019, <https://angelusnews.com/voices/how-a-catholic-thinker-made-human-rights-universal/>. Dass die Universalität der Menschenrechtserklärung selbst ‚grenzenlos idealistisch‘ und ambitioniert ist und oft uneingelöst bleibt, wie Befürworter und Skeptiker gleichermaßen betont haben, steht auf einem anderen Blatt.

¹⁶ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/ausschuss-afghanistan-abzug-100.html>. S.a. Angela Merkel mit Beate Baumann, *Freiheit. Erinnerungen 1954-2021*. Köln 2024, 630.

¹⁷ Die deutschen Bischöfe, „*Friede diesem Haus*“. *Friedenswort der deutschen Bischöfe*. Bonn 2024, Nr. 213. Die Schrift steht hier zum Download bereit: <https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/die-deutschen-bischoefe/hirtenschreiben-erklaerungen/friede-diesem-haus-friedenswort-deutschen-bischoefe.html#files>.

Dieses Beharren ist umso wichtiger, als sich der genannte Pessimismus nicht nur bei westlichen Denkern findet, die grundsätzlich Menschenrechtsethos und Demokratie bejahen, aber bezüglich ihrer globalen Umsetzbarkeit skeptisch sind. Auch ein Wladimir Putin weiß diesen Pessimismus manipulativ zu nutzen, z.B. in den jährlichen Reden beim Diskussionsforum „Waldai“ in Sotschi.¹⁸ Im November 2024 behauptete Putin dort erneut, das vom „kollektiven Westen“ bevorzugte Modell einer liberalen Gesellschafts- und Weltordnung sei am Ende. Es könne nur zu Spaltung, Chaos und neuer Gewalt führen und einen vermeintlich „urmenschlichen Trieb zu aggressiver Anarchie“ bedienen. Als Gegenentwurf bietet Putin ein angeblich durch die Erfahrungen der russischen Geschichte geprägtes Verständnis von Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, „stabilem Frieden“, Vielfalt und „Sicherheit für alle“ an, das er offenbar als kulturell anders versteht und mit dem er besonders den „globalen Süden“ auf seine Seite ziehen will. An universellen Werten hält er scheinbar fest, sie werden jedoch dadurch zu bloßen Worthülsen, dass die eigene Machtpolitik ihren Gehalt missachtet. In solchen Exkursen unterfüttert Putin die Lügen, mit denen das russische Regime den Ukrainekrieg begründet – darunter die geschichtsrevisionistische Lehre von der „einen russischen Welt“ –, mit zweifelhafter Geschichtsphilosophie und einem weltpolitischen Entwurf von Multipolarität, dessen Grundzüge auch im Westen zunehmend Resonanz finden. Dieser birgt jedoch dann Gefahren, wenn er die Regeln der internationalen Friedensordnung schwächen und Multinationalität durch ungehinderten Nationalismus und hegemoniale Interessen autokratischer Regionalmächte ersetzen sollte. Putin geht es ja offensichtlich vor allem darum, den Wunsch des russischen Regimes nach einer Wiedergeburt als neoimperiale Supermacht zu kaschieren. Gerade eine multipolare Welt braucht aber multilaterale Lösungen auf der Grundlage des universellen Menschenrechtsethos.

So verständlich die momentane Desillusionierung hinsichtlich des menschlichen Potenzials und des Ziels menschlicher Geschichte sein mag, sie darf einem verbrecherischen Narrativ keine geistige Nahrung geben. Hier passt die Forderung der deutschen Bischöfe: „jeder autokratische Versuch, das Begehren nach Freiheit und Gerechtigkeit mit Verweis auf kulturelle Verschiedenheit (...) zu unterdrücken“, muss „demaskiert werden“.¹⁹

Die gegenwärtige weltpolitische Lage verstärkt sicher die oft beschriebene kognitive Verzerrung einer zur Gewalt verdammt Welt, also der Annahme, dass der Mensch grundsätzlich und kulturunabhängig friedensunfähig sei und nicht ohne gewaltsamen Konflikt auskomme. Doch noch darf die *Friedensforschung* der letzten Jahrzehnte Hoffnung geben, die das wiederholte Versagen gewaltsamer Konfliktlösungsversuche einerseits und die positive Kraft und faktische Wirksamkeit von gewaltfreien und kooperativen Strategien andererseits aufzeigen konnte.²⁰ Trotz aller Prob-

¹⁸ Aufschlussreich sind Putins Waldai-Reden der letzten Jahre. Zitate stammen hier aus der jüngsten Rede vom 7.11.2024, deren englische Version das russische Präsidialamt veröffentlicht hat: www.en.kremlin.ru/events/president/transcripts/75521 (meine Übersetzung).

¹⁹ *Friede diesem Hause*, Nr. 213.

²⁰ Im Hintergrund steht hier ein noch grundsätzlicherer, anthropologischer Pessimismus sozialdarwinistischer Prägung, wonach der Mensch biologisch zu Gewalt und Krieg verdammt sei. Die „Erklärung von Sevilla“ der UNESCO (1986) spricht von einem „biologischen Pessimismus“, den sie aus naturwissenschaftlicher Sicht zurückweist und dessen Überwindung sie als Grundvoraussetzung für den Erfolg „transformativer Arbeit“ zum Frieden sieht, da „Frieden – wie Krieg – in den Köpfen der Menschen entsteht“ (<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000094314>). Vgl. zum Thema ausführlicher

leme, die gerade der Ukraine-Krieg zutage treten lässt, ziehen deshalb auch die deutschen Bischöfe weiterhin einen „gewissen Optimismus“ aus den Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, wozu sie u.a. „Global Governance-Strukturen“ und historische Beispiele (etwa die Europäische Union) für den „Prozess der strukturellen Gewaltüberwindung“ durch Kooperation und die „Herrschaft des Rechts“ zählen.²¹

Menschenrechtsethos und wertegebundene Leitkultur

Die Grundüberzeugung, dass Menschenrechtsethos, Demokratie und gerechte Friedensordnung die bestmögliche Gesellschaftsform, also Zielpunkt menschlicher Reifung sind, trägt auch den Begriff der Leitkultur im neuen Grundsatzprogramm der CDU (im Folgenden im Text zitiert als „GP“ mit Seitenzahl). Denn es geht weder um eine rein deutsche Kultur noch um Kultur bloß im Sinn von Bräuchen und Lebensart eines bestimmten Volkes.

Zuallererst bezieht sich der Begriff auf die „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“ (GP 2), mit der das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die gleichmaßen von antiker Tugendethik, neuzeitlicher Menschenrechtsethik und christlicher Naturrechtsethik bejahte Werteordnung umsetzt, die verlangt, die Würde jedes Menschen ins Zentrum des Handelns zu stellen (vgl. GP 73). Leitkultur wird also mit Werten gleichgesetzt, dabei handelt es sich aber nicht allein – was durchaus einsichtig wäre – um die Werte einer bestimmten Gesellschaft, deren Übernahme diese von neuen Mitgliedern erwarten kann, also um ‚nur-deutsche‘ Werte. Vielmehr geht es um „universelle“ Werte (vgl. GP 26), nämlich um die „Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten“ (GP 32). Angestrebt werden eine „Kultur des Hinsehens, mehr Respekt füreinander (...) und eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die Menschen einander achten und füreinander da sind“ (GP 17).

Zwar heißt es in GP 32 weiter, die Leitkultur umfasse „mehr als das Grundgesetz“, nämlich „das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit“ sowie die gemeinsame Sprache (s.a. GP 39), aber damit wird nur festgestellt: wer in Deutschland bleiben will und nicht nur vorübergehend Asyl sucht (das Recht darauf wird nie in Frage gestellt), soll dafür nicht *allein* wirtschaftliche Gründe haben und, bei physischer Präsenz in Deutschland, seinen geistigen Lebensmittelpunkt in der alten Heimat behalten, sondern muss auch von der deutschen Werteordnung überzeugt sein. Vor allem darf er keine Überzeugungen nach Deutschland importieren, die der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung widersprechen oder in Sozialstrukturen verhaften bleiben, die Antidemokratie oder Verbrechen befördern. So offen die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung ist, so kritisch muss sie ihre Gegner beobachten. So sehr sie Pluralität und Toleranz betont, so wenig kann sie gegen Antipluralität und Intoleranz tolerant sein.

meine Beiträge „Braucht Religion Konflikt? Vom Einspruch des *homo religiosus* gegen den *homo conflictus*“, in: M. Thureau (Hg.), *Konfliktkulturen in Geschichte und Gegenwart*. Göttingen 2024, 213-236 und „Widernatur oder eigentliche Natur des Menschen? Ethische und ritualtheoretische Überlegungen zu Formen militärischer Sozialisation“, in: M. Elbe, M. Steinbrecher, G. Kümmel (Hg.), *Militärische Sozialisation*. Wiesbaden 2025 (im Druck).

²¹ *Friede diesem Haus*, Nr. 216 und 218.

Auch Politiker anderer Parteien äußerten sich ähnlich: nach dem Anschlag in Solingen unterstrich Bundeskanzler Olaf Scholz, dass Terroristen auf die „Art und Weise, wie wir leben“ zielen, was er ausdrücklich als die nicht-nur-deutsche Kultur von Freiheit und Demokratie verstand (26.8.2024). Und nach dem Anschlag in Mannheim sprach die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang von „Feinden einer freien Gesellschaft“ (2.6.2024). Natürlich gibt es Antidemokraten nicht nur unter Islamisten. Die CDU fordert gerade im Kontext zunehmender „Zweifel an der freiheitlichen Demokratie“ bei extremen Parteien und ihren Anhängern eine „wehrhafte Demokratie“ (GP 7, 6).

Das erklärte politische Ziel der CDU ist ein gesellschaftliches: Zusammenhalt durch eine gemeinsam er- und gelebte Kultur (GP 31ff.), die Menschen „zusammenführt“ (GP 57). Mehrfach betont das Grundsatzprogramm den *Einladungscharakter* seiner gesellschaftlichen Vision: wer die gemeinsamen Werte teilt, ist eingeladen mitzumachen (GP 80). Zwar wird in der Erklärung des Leitkulturbegriffs auch die Bedeutung von „Traditionen, Bräuchen und (...) Vereinsleben“ hervorgehoben (GP 32), aber darin liegt kein Selbstzweck. Auch in solchen Passagen meint Leitkultur nicht Folklore, sondern Werte. Denn der Satz endet mit dem Verweis auf die deutsche „Geschichte“ und die „daraus resultierende Verantwortung“ – also auf den Werterahmen, der alle deutsche Kultur des 21. Jahrhunderts trägt: Insbesondere darf in Deutschland weder alter noch neuer (z.B. muslimischer) Antisemitismus Nährboden finden. Namentlich wird das „Existenzrecht Israels“ erwähnt, das nicht nur Staatsräson ist (vgl. GP 27), also das politische Handeln der Regierung leitet, sondern auch Teil der Leitkultur, also des deutschen Bürgergeistes, sein muss (GP 32).

Auch „Heimat“ definiert die CDU über Werte: sie sei „im Sinn unserer Leitkultur“ zu verstehen und verlangt nur in diesem Sinn eine Anpassung „an unsere Art zu leben“ (GP 38). Auch Vereine sind zwar Teil der „kulturellen Prägung“ (GP 12), aber vor allem als Werkzeug einer „aktiven Bürgergesellschaft“, denen sie Orte der Beteiligung, des „ehrenamtlichen Engagements“ und des Füreinander-Daseins bieten (GP 14, 15, 17, 32).

Mehrschichtigkeit des Kulturbegriffs

In der Leitkulturdebatte muss die Mehrschichtigkeit des Kulturbegriffs in Erinnerung gerufen werden. Zum einen bezeichnet „Kultur“ die Reifung als Mensch, für die der römische Philosoph Cicero eine landwirtschaftliche Metapher einführte: die Kultur bzw. Kultivierung der Seele (*cultura animi*).²² Diesen Kulturbegriff nahmen Denker der Renaissance und Aufklärung auf, um den Fortschritt des Menschen von seiner ‚barbarischen‘ – also, dem Wortsinn nach, unzivilisierten oder kulturlosen – Frühzeit zur vollen Menschwerdung zu bezeichnen. Als Ziel einer geistigen Entwicklung ist hier die *menschliche Kultur* schlechthin gemeint. Damit kann korrespondieren, was der Duden (Bedeutung 2b) die „Kultiviertheit einer Person“ nennt. Daneben gibt es einen engeren Kulturbegriff, der laut Duden (Bedeutung 1b) die „Gesamtheit der von einer bestimmten Gemeinschaft auf einem bestimmten Gebiet während einer bestimmten Epoche geschaffenen, charakteristischen geistigen, künstlerischen, gestaltenden Leistungen“ bezeichnet.²³

Diese Unterscheidung zwischen menschlicher Kultur und Kultur einer bestimmten Gemeinschaft (z.B. einer ethnischen Gruppe) ist übrigens grundsätzlicher zu

²² *Tusculanae Disputationes* II 5.

²³ Eintrag „Kultur“, hier zitiert nach der Online-Ausgabe <https://www.duden.de>.

verstehen, als es der Duden tut, der „menschliche Kultur“ nur als *ein* Beispiel für die Bedeutung (1a) von Kultur als „Gesamtheit der geistigen, künstlerischen, gestaltenden Leistungen einer Gemeinschaft als Ausdruck menschlicher Höherentwicklung“ nennt und daneben u.a. auch „ein durch Sprache und Kultur verbundenes Volk“ als Beispiel dieses Kulturbegriffs sieht.

Teil des weiteren Begriffs von Kultur als Kultiviertheit ist die Moral und damit eine wertebestimmte soziale und politische Ordnung. In seiner *Metaphysik der Sitten* bezeichnet deshalb Immanuel Kant *moralische Bildung* explizit als „Kultur“.²⁴ Entscheidendes Element der vollen Menschwerdung ist die Entwicklung des sittlichen Urteilsvermögens, das sowohl der Selbstsorge als auch einer funktionierenden (in Ciceros landwirtschaftlicher Bildsprache: ‚blühenden‘) Gemeinschaft zugutekommt. Ciceros Kulturbegriff, der sich aus Tugend- und Pflichtethik speist, schließt eine staatsbürgerliche Betätigung im Dienst des Gemeinwohls ein.

Während der weitere Kulturbegriff ein normatives Ziel menschlich-sittlicher Reife beinhaltet, kann der engere Kulturbegriff diese ausschließen oder einschränken. So missachtet z.B. eine von islamistischem – aber auch von pseudochristlichem Fundamentalismus oder rechtem Gedankengut – geprägte ‚Kultur‘ die Rechte Einzelner (z.B. Minderheiten, Frauen). Das ist in Deutschland nicht akzeptabel, da hier die beiden Kulturbegriffe normativ konvergieren.

Die Überzeugung, dass die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung bestmöglicher Ausdruck der sittlichen Kultur des Menschseins ist, die auf der mit der Vernunftbegabung gegebenen Fähigkeit zur Selbstverantwortung fußt, trägt die Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Im wiedervereinten Deutschland müsste diese Überzeugung noch stärkere Kraft entwickeln können, stellt unser Land doch seit 1989/1990 eine in Fukuyamas Sinn sowohl postfaschistische wie postkommunistische Gesellschaft dar, deren Bürger die Überwindung verschiedener antidemokratischer Systeme selbst durchgemacht haben.

Der Bürgergeist, den die CDU mit ihrem neuen Grundsatzprogramm fördern will, hat in der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung einen den deutschen Staat transzendierenden, universellen Werterahmen, der aber zugleich deutsches Grundgesetz ist. Und „Gesetz“ ist hier etwas, das nicht bloß von Politikern ‚gemacht‘ wurde, sondern das sich über die Jahrhunderte als wertvoll und schützenswert ‚gesetzt‘ hat, weil es die sittliche Kultur des Menschen entwickelt und in eine passende Gesellschaftsform überträgt.

Kriminalstatistik: Warum spricht niemand von Moral?

Um solche Kultur zu entwickeln, braucht es Bildung – nicht nur eine fachliche Bildung, die im schulischen Bereich mit den Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens, Rechnens beginnt und später zur beruflichen Bildung oder Ausbildung führt, sondern vor allem eine sittliche und staatsbürgerliche Persönlichkeitsbildung. Diese hilft bei der Integration von Migranten, aber die Werte des Grundgesetzes müssen auch Deutschen immer wieder neu vermittelt werden, gerade in Zeiten der politischen Radikalisierung, in der Populisten rechts wie links vermehrten Zuspruch erfahren.

Als im April 2024 die Polizeiliche Kriminalstatistik des BKA für 2023 vorgestellt wurde,²⁵ wurde schon einmal ein Bezug zwischen Migration und Bildung hergestellt:

²⁴ Z.B. in *Metaphysik der Sitten: Tugendlehre*, A 67.

²⁵ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2023.html>.

obgleich im Detail interpretationsbedürftig, bestätigten die Zahlen, dass zu viele Verbrechen in Deutschland von Menschen mit Migrationshintergrund begangen werden. Wo darauf besonnener als mit Ressentiments reagiert wurde, wurde oft die Forderung nach verbesserter Integration und Bildung für sozialschwache Schichten erhoben, da wirtschaftliches Abgehängtsein Verbrechen befördert. Die Statistik zeige primär einen Anstieg der Armutskriminalität, auch unter Einwanderern und deren Nachkommen.

Natürlich belegen soziologische Untersuchungen einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Kriminalitätsrisiko. Der Zusammenhang bleibt aber oft akzidentiell. Niemand ist Sklave seiner Umstände. Nicht jeder sozial Schwache und wirtschaftlich Abgehängte wird kriminell. So wenig die Menschheit zu Krieg verdammt ist, so wenig sind Menschen – außer in pathologischen Fällen – zu Verbrechen oder Gewalt verdammt. Die Überzeugung, dass der Mensch aufgrund seiner Vernunftbegabung einen freien Willen hat und es somit persönliche Verantwortung gibt, ist ein Grundpfeiler des Wertesystems der Bundesrepublik. Sie wird von allen geistigen Traditionslinien dieses Wertesystems geteilt, vom Christentum bis zur Aufklärungsphilosophie, und selbst Befunde der modernen Naturwissenschaft widerlegen die Grundzüge des klassischen Glaubens an die Willensfreiheit nicht.²⁶ Ein Menschenbild, das biologische und soziale Einflüsse nicht leugnet, sich aber gegen deterministische Tendenzen verwahrt, prägt auch das Grundsatzprogramm der CDU (z.B. GP 12). Es sollte in der soziologischen Betrachtung nicht vergessen werden.

Dass die polizeiliche Statistik selbst ausschließlich äußere Faktoren für den Kriminalitätsanstieg nennt (Mobilität, wirtschaftliche und soziale Belastungen, Migration), kann nicht befriedigen. Verbrechen ist keine Frage des Wohlstands, sondern des Anstands, keine Frage der Umstände, sondern der Unmoral – Unmoral allerdings ist, zu einem gewissen Grad, eine Frage der Unbildung im genannten Sinn sittlicher Formung. Dass deshalb *Schulen* die „ganz große Aufgabe“ zukommt, Verbrechen zu verhindern, indem sie „Normen und Werte“ vermitteln und in der Arbeit mit Kindern aus einkommensschwachen Migrantenfamilien Prävention durch soziale Integration leisten, haben auch Kriminologen betont.²⁷

Kultur und Bildung

Den Zusammenhang von Kultur, sittlicher Bildung und Verbrechenvermeidung betont auch die CDU. Zwar beschreibt das Grundsatzprogramm Bildung auch als Fundament *wirtschaftlicher* Chancen, als Mittel für „sichere und gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg“ (GP 10, 34, 43) – dass dieses Ziel Migranten einschließt, macht der Gedanke von „Aufstieg und Integration durch Bildung“ (GP 3) explizit –, doch grundsätzlich ist das vertretene Bildungsideal umfassender. Gefordert wird eine „Persönlichkeitsbildung“, die gleichermaßen „ein erfolgreiches Berufsleben“ wie „demokratische Teilhabe“ und sozialen Frieden für alle ermöglicht (GP 3). Neben schulischen Grundkenntnissen und -fertigkeiten sollen „Werte und soziale Tugenden“ und „Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat“ vermittelt werden; „politische und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen Extremismus“ (GP 44f.), denn „Demokratie braucht Demokraten“ (GP 5). Somit zeigt der Leitkulturbegriff der CDU seine

²⁶ Vgl. zum letzten Punkt die prägnante und nach wie vor gültige Darstellung des Themas in Simon Blackburn, *Being Good*. Oxford 2002, 43-46. Lesenswert bleibt auch Peter Bieri, *Das Handwerk der Freiheit. Über die Entdeckung des eigenen Willens*. München 2001.

²⁷ Hier z.B. der Münsteraner Jurist Klaus Boers im Interview mit www.tagesschau.de am 10.4.2024.

philosophischen Wurzeln gerade darin, dass er eine moralische Prägung durch umfassende, humanistische Bildung im Horizont der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung beinhaltet, die Deutschen wie Migranten immer wieder neu die Bedeutung jener Werte aufzuzeigen hat, die das postfaschistische und postkommunistische Deutschland tragen. Wenn Werte und Moral die rechte Leitkultur sind, ist moralische Bildung ihr unerlässliches Fundament.

Der Leitkulturbegriff ist kein Gegenentwurf zur Multikulturalität; das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen (im engeren Sinn des Kulturbegriffs) wird dadurch nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil: er beschreibt mit seinem Bezug auf die Werteordnung des Grundgesetzes die normativen Grenzen dessen, was in Deutschland erwartet bzw. akzeptabel ist, markiert also Regeln, deren Aufgabe auch darin besteht, die Freiheit und Gleichheit *aller* zu gewährleisten.

Neben Schulen, die das Bildungskapitel des CDU-Grundsatzprogramms vor allem im Auge hat, sind in der staatsbürgerlichen Bildung auch andere gesellschaftliche Institutionen gefordert. Auch in Deutschland darf z.B. Hochschulbildung mehr als akademische Berufsvorbereitung sein. Dass sich auch Studierende noch charakterlich weiterentwickeln, motiviert etwa in den USA die sog. „Liberal Arts Colleges“, die neben dem Hauptfachstudium ein Studium Generale verpflichtend machen, das humanistische Anteile nicht nur zum Zweck der Allgemein-, sondern auch der Persönlichkeitsbildung beinhaltet. Und Staatsbedienstete brauchen gerade im Sicherheitsbereich berufsbegleitend politisch-ethisch-historische Bildung, z.B. nach dem Vorbild der „Innere Führung“ genannten „Führungskultur“ der Bundeswehr, die ihren Angehörigen den Wertehorizont, den sie gegebenenfalls mit dem eigenen Leben verteidigen, im Dienstalltag lebendig hält.²⁸

Sittliche Bildung geschieht auch informell, in der Begegnung zwischen Menschen. Auch das kann zumindest teilweise der Staat leisten. In der Debatte um die Kriminalstatistik wurde die Rolle hervorgehoben, die Sozialarbeitern in der Verbrechensprävention und Reintegration von Kriminellen zukommt (hier kriminellen Ausländern oder gefährdeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund). Als Beispiel wurde etwa das Projekt „Kurve Kriegen“ des NRW-Innenministeriums angeführt, das sich an jugendliche Ersttäter richtet und eine Erfolgsquote von 80% aufweist.²⁹ Sozialarbeiter sind nicht nur deswegen erfolgreich in der Verbrechensprävention, weil sie Jugendliche von der Straße halten und über Bildungshilfe wie Nachhilfeunterrichte wirtschaftliche Chancen erhöhen, sondern weil sie die Jugendlichen – egal, aus welchem Kulturkreis – Sorge, Aufmerksamkeit, Anteilnahme erfahren lassen und ihnen somit inspirierende Beispiele guten Menschseins geben.

Das Bildungsideal des CDU-Grundsatzprogramms und der Islam

Noch effektiver als eine Sekundärsozialisation in Schule und Gesellschaft wäre eine gelingende Primärsozialisation an den Leitlinien jener allgemein menschlich-moralischen Bildung, mit der die deutsche Leitkultur übereinstimmt. In der Wertevermittlung kommt insbesondere dem Familien- und Freundeskreis eine bedeutende Rolle zu,

²⁸ Neben der Dienstvorschrift „Innere Führung“, die öffentlich verfügbar ist (<https://www.bmvg.de/resource/blob/13998/01082632986ceeb2c82c36c61785fec9/b-01-02-01-download1-data.pdf>), bietet z.B. die Publikation „Innere Führung - konkret“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Potsdam, Neuauflage 2024, <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5838672/a81ceb7216214790d9d404fo1492235d/innere-fuehrung-pdf-datei-data.pdf>) Zugänge zum Thema. Einige Grundzüge habe ich auch im o.g. Beitrag „Strategie und Moral“ skizziert.

²⁹ Vgl. <https://www.kurvekriegen.nrw.de/>

gegebenenfalls verstärkt durch religiöse Prägung. Beides betont auch die CDU (GP 2, 34, 37). Umso schwerwiegender sind die gesellschaftlichen Folgen von dysfunktionalen Familien gepaart mit religiösem Extremismus.

Ausdruck dieses Phänomens ist auf muslimischer Seite z.B. die im April 2024 bekannt gewordene Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, wonach fast die Hälfte der muslimischen Schüler einen Gottesstaat wollen und zwei Drittel Koran und Scharia für wichtiger als deutsche Gesetze halten. Der Schock, der daraufhin durch Medien, Politik und Gesellschaft ging, ist verständlich, auch wenn Beobachter Zweifel an der Aussagefähigkeit der erhobenen Probe anmeldeten (eine kleine Zahl niedersächsischer Neuntklässler) und die Studienautoren selbst darauf hinwiesen, dass „die Auswertungen für islamistische Einstellungen (...) nicht repräsentativ“ seien.³⁰ Doch ähnliche Einstellungen unter muslimischen Schülern sind in den letzten Jahren immer wieder dokumentiert worden. Und dieselbe Geisteshaltung entlud sich auch in den von Islamisten organisierten Hamburger Protesten für ein Kalifat vom 27.4.2024. Am Rande: der Hinweis einiger Kommentatoren, dass sich Scharia und Grundgesetz nicht ausschließen müssen,³¹ ist zwar hilfreich, würde dem Problem aber nur gerecht, wenn die Handelnden selbst die tiefere theologische Bedeutung von „Scharia“ als „Weg zu Gott“ im Sinn hätten und Scharia nicht als Gottesgesetz und undemokratische Staatsform verstünden.

Staatlich organisierte Bildung kann Extremismus, den Familie und religiöses Umfeld nicht abstellen können oder sogar befördern, nicht unkritisch als vermeintliches ‚Kulturphänomen‘ tolerieren, sondern muss ihn als unmenschlich entlarven – also als nicht mit dem Menschenrechtsethos und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland vereinbar. Gerade weil Grundgesetz und Leitkultur das universelle Menschenrechtsethos umsetzen, geht es bei der ethisch-humanistischen Bildung, die die CDU fordert, nicht um Indoktrination oder das Aufzwingen einer fremden Kultur, sondern um Hilfe zur Entwicklung der allgemein menschlichen Kultur sittlicher Reife. Im engeren Sinn des Kulturbegriffs ist diese ‚kulturunabhängig‘, ihre Kernelemente sind aber in Deutschland Gesetz und somit gegebenenfalls auch unter Zwang durchzusetzen.

Bildung braucht lang, um Wirkung zu entfalten. Flankierend können migrationspolitische oder polizeiliche Maßnahmen geboten sein, um verfassungsfeindlichen Extremismus zu bekämpfen. „Null Toleranz für Straftaten“ fordert nicht nur die CDU, sondern Politiker aller Parteien, z.B. Innenministerin Nancy Faeser in einer Reaktion auf die Kriminalstatistik am 9.4.2024. Der Zusammenhang von Integration und innerer Sicherheit ist ein Kernthema des CDU-Grundsatzprogramms. Eine „wehrhafte Demokratie“ (GP 6) müsse mit der „ganzen Härte“ des Rechtsstaats gegen all jene vorgehen, die keine Achtung vor „Grundwerten wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und (...) Menschenwürde“ zeigen, deren Verletzung längst strafbewehrt ist. Deshalb sei die Polizei so auszustatten, dass sie das „Gewaltmonopol durchsetzen“ könne, denn: „Sicherheit muss man fühlen können“ (GP 17). „Der Staat muss die Feinde un-

³⁰ Leonie Dreißigacker, Carl Philipp Schröder, Yvonne Krieg, Lea Becher, Anna Hahnemann, Mona Gröneweg, *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2022*. Forschungsbericht Nr. 169. Hannover 2023, hier 160 https://kfn.de/wp-content/uploads/2024/06/FB_169.pdf.

³¹ Z.B., mit kritischem Bezug auf das CDU-Grundsatzprogramm, Scharjil Khalid in der *Berliner Zeitung* vom 18.5.2024 <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/berliner-imam-scharjil-khalid-das-verhaeltnis-zwischen-scharia-kalifat-und-staat-li.2216346>.

serer Demokratie konsequent bekämpfen“ (GP 21). Natürlich werden zusätzliche Ressourcen nicht nur für die innere Sicherheit, sondern explizit auch für Integrationsmaßnahmen benötigt.

Noch einmal sei betont, dass es nicht nur im Islam, sondern auch in der westlichen Tradition problematische Denkmuster gibt, die nicht zum Wertesystem der Bundesrepublik passen: christlicher Fundamentalismus, populistisches, links- und rechtsradikales Gedankengut, die Demokratie, Menschenwürde und Minderheitenrechte in Frage stellen, sind genauso unerwünscht wie ein fundamentalistischer Islam. Bildungspolitische Herausforderungen stellen solche gesellschaftlichen Fehlentwicklungen besonders dann, wenn sie sich mit mangelnder Medienkompetenz paaren, die sich Radikale zunutze machen und die das Ideal eines aufgeklärten Bürgertums nachhaltig gefährdet. Die Stärkung der Medienkompetenz ist deshalb auch für die CDU wesentlicher Teil von politischer Bildung über die Schulzeit hinaus (GP 19). Für populistische Bewegungen ist kritische Bildung selbst Zielscheibe der politischen Agitation. Neben Autokraten in aller Welt sind auch manche Drahtzieher populistischer Kampagnen in westlichen Staaten antiakademisch, weil ihnen ein aufgeklärtes Volk, das Desinformation als solche erkennt und seine politischen Entscheidungen nach den größeren Werten des Menschenrechtsethos ausrichtet, gefährlich würde. Doch ohne Wahrheit ist eine funktionierende Demokratie unmöglich. So sehr es verständlich sein mag, dass Menschen unter dem Eindruck wirtschaftlicher Schwäche extreme Parteien wählen, so problematisch ist es, wenn sie Verführern und Propaganda zum Opfer fallen. Ein Beispiel aus den USA sind die „single issue voters“ genannten amerikanischen Christen, die aus dem Wunsch, Abtreibung strafrechtlich verfolgt zu sehen, eine Regierung wählen, deren Personal weder an christlichen Werten noch am Gemeinwohl echtes Interesse hat, sondern Selbstsucht, Unmoral, Desinteresse an demokratischen Institutionen und Prinzipien sowie Inkompetenz zur Schau stellt.³²

Das oft spannungsreiche Verhältnis zwischen extremen Formen des Islam und dem Grundgesetz bzw. der deutschen Gesellschaftsordnung führte auch zu den bekannten Kontroversen um den Islambezug im Grundsatzprogramm der CDU, die von einer Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff („Der Islam gehört zu Deutschland“, 2010) und früheren positiven Äußerungen anderer CDU-Politiker (Wolfgang Schäuble, Angela Merkel) zum Islam inspiriert waren. Das Grundsatzprogramm trägt zwei Tatsachen Rechnung: dass Deutschland historisch ein „christlich geprägtes Land“ ist (GP 37) und dass heute Muslime Teil unserer Gesellschaft sind. So entschied man sich schließlich für folgende Formulierung: „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland“ (GP 38). Im Vergleich zu früheren Versionen („Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“), schien die Schlussfassung einigen Kommentatoren zu feindselig.

Doch die negative Formulierung, die Abgrenzung ausdrückt, ist mit Bedacht gewählt. Sie richtet sich ausdrücklich nicht gegen Muslime als solche – dass mit der Passage Muslime generell „stigmatisiert“ würden, war die Kritik z.B. vom Vorsitzenden

³² Der Gedanke, dass Abtreibung nicht nur eine moralische, sondern auch eine legale Frage sein müsse, ist auch klar das entscheidende Einzelthema („single issue“) religiös motivierter *katholischer* Unterstützung für D. Trump, doch verbindet es sich oft mit anderen Themen des auch in Deutschland und anderswo – ebenso in Putins Russland – betriebenen ‚Kulturkampfes‘ um politisierte Fragen der Sexualmoral und eine als zu liberal oder „woke“ empfundene ‚Kultur‘, die auf Diversität, Gendergerechtigkeit und ähnliche Reizthemen fokussiere.

des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek.³³ Vielmehr wird in den folgenden Zeilen ein *aufgeklärter Islam* unterstützt, der Ergebnis einer akademisch fundierten religiösen Bildung ist (z.B. durch die Imam-Ausbildung an deutschen Universitäten wie Münster). Mehr Mittel dazu fordert die CDU nachdrücklich (GP 39). Das Grundsatzprogramm *fordert* nicht nur von Muslimen, sich zu integrieren, sondern bekennt sich auch dazu, religiöse Integration *fördern* zu wollen.

Der bereits genannte Einladungscharakter des Programms hat im Grunde ‚katechetische‘ Züge: statt generellem Ausschluss geht es um potenziellen Einschluss; wer Interesse an der Wertegemeinschaft Deutschlands hat, wird eingeladen, sich zuerst mit ihr vertraut zu machen und dann Mitglied dieser Gemeinschaft zu werden, indem er sich zu ihr bekennt.³⁴ Wer Deutscher sein möchte, muss „unsere Werte leben und unsere Gesetze achten“ (GP 39). Und wer diese Werte, die universelle Werte sind, teilt, also Deutschlands Leitkultur, wird dann auch explizit zur Staatsbürgerschaft „eingeladen“ (GP 32). Die Leitkultur prägt mithin eine von der CDU angestrebte neue *Einwanderungskultur*.³⁵

Gute Religion

Der bedingte Charakter dieser Einladung ist aber auch ein Ausschlusskriterium. Ein „politischer Islam“, der extremistisch wird (GP 1), und eine – in diesem Sinn verstandene – „Scharia [gehören] nicht zu Deutschland“ (GP 22). Unaufgeklärte Religion hat in der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik keinen Platz. Das gilt grundsätzlich auch für extreme Spielarten des Christentums. Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass Fundamentalismus und Extremismus Fehlformen sind, die nicht nur der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung und dem Menschenrechtsethos widersprechen, sondern auch mit echter oder „guter“ Religion nichts zu tun haben. Wenn Wladimir Putin, Pete Hegseth (Trumps Verteidigungsminister) oder der rumänische Rechtspopulist Calin Georgescu (Gewinner der annullierten ersten Runde der rumänischen Präsidentschaftswahlen am 24.11.2024) auch in neutralen deutschen Medien als „sehr religiös“ bezeichnet werden, so muss das jeder aufgeklärte Christ als Beleidung auffassen. Der „christliche Nationalismus“, zu dem sich diese Personen bekennen, ist ein Widerspruch in sich, der die Universalität der christlichen Liebesbotschaft verkennt. Das Problem besteht nicht darin, dass Religion mit Politik vermischt wird, sondern welche Art von Religion politisch wird. Insbesondere gilt das für den Islam und seine Extremformen.

Die Unterscheidung zwischen „guter“ und „schlechter“ Religion nimmt die ambivalente Rolle von Religionen auf, die Konflikte „eskalieren“ oder „aktive Friedensstifter“ sein können³⁶ und geht hier auf den amerikanischen Theologen und Schriftsteller James Carroll zurück, der damit ausdrücklich keine extrinsische Bewertung vornimmt, sondern Religionsformen von der inneren Mitte von Religion her beurteilt, nämlich der Ausrichtung auf den transzendenten Gott. Anhand von Beispielen aus den abrahamitischen Religionen Judentum, Christentum, Islam konfrontiert Carroll die

³³ Hier zitiert nach <https://www.ruhr24.de/politik/islam-deutschland-cdu-grundsatz-programm-friedrich-merz-muslime-leitkultur-werte-integration-93016021.html>.

³⁴ Ähnlich also, wie die Katechese als religiöse *Unterweisung* auf den Empfang eines Sakraments (Taufe, Kommunion, Firmung) religiöser Gemeinschaftsstiftung vorbereitet, das im *Bekenntnis* zu dieser Gemeinschaft und ihrem Glauben gipfelt.

³⁵ Dass Deutschland eine neue „Einwanderungskultur“ brauche, wurde auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums festgestellt, z.B. von der taz am 19.7.2024.

³⁶ So die Deutschen Bischöfe in *Friede diesem Haus*, Nr. 298.

negativ-destruktive Seite von Religion mit der positiven, die Frieden statt Krieg, Leben statt Tod, Liebe statt Opfer, Freude statt Angst, Einheit statt Spaltung, Freiheit statt Zwang, Offenbarung statt Erlösung, vernünftigen Glauben statt Aberglauben fördert.³⁷

Die Ambivalenz von Religion hat politische Konsequenzen. Eine demokratisch plurale Gesellschaft, die sich am Menschenrechtsethos ausrichtet, wird Religionsfreiheit gewähren, aber diese besteht nicht darin, es Extremisten zu gestatten, anderen die eigene religiöse Unfreiheit aufzuzwängen zu können. Die CDU sieht das ähnlich und stellt fest, dass Religionen nicht über dem Gesetz stehen; Religionsfreiheit sei „kein Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen und kein Rechtfertigungsgrund für das Begehen von Straftaten“ (GP 37). Wenn das Grundsatzprogramm unterstreicht, dass sich die Verfassungen moderner demokratischer Staaten gegen solche Phänomene wehren können müssen, so hat es zwar den Islam im Blick. Doch auch christlich-fundamentalistische Gruppen – noch einmal diene die US-Gesellschaft als Beispiel – verstehen Religionsfreiheit oft weniger als Freiheit *vom* Religionszwang vergangener Zeiten, sondern als Ermächtigung zum Kampf um politischen Einfluss, der es ihnen erlaubt, radikale oder reaktionäre moralische Überzeugungen oder die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse (z.B. Evolution) in Recht zu überführen und in Form von Gesetzen, Lehr- und Buchverboten weit über ihre eigene Glaubensgemeinschaft hinaus verpflichtend zu machen und so den politischen wie akademischen Diskurs zu beeinträchtigen.³⁸ Freilich ist der Begriff „fundamentalistisch“ irreführend: viele der sogenannten ‚fundamentalistischen‘ Christen lassen sich genauso wenig vom *eigentlichen Fundament* ihres Glaubens leiten – nämlich der von Christus bezeugten unbedingten Liebe des gleichermaßen allmächtigen wie barmherzigen Vatersgottes – wie islamistische Terroristen von ihrem. Vielmehr untergraben all diese Extremisten die Fundamente echten Glaubens.

Auf katholischer Seite hat Papst Franziskus das Ringen um den echten Wesenskern von Religion zu einem Kennzeichen seines Pontifikats gemacht. Ausdrücklich gehen die Bemühungen des Papstes über das Christentum hinaus und suchen den interreligiösen Dialog. Gerade mit aufgeklärten islamischen Religionsführern ist Franziskus sich einig, dass „Religionen niemals zum Krieg aufwiegeln und keine Gefühle des Hasses, der Feindseligkeit, des Extremismus wecken und auch nicht zur Gewalt oder zum Blutvergießen auffordern“.³⁹ Religion soll Toleranz fördern, ein Bollwerk gegen den Terrorismus werden. Religiöse Führer werden in die Pflicht genommen, Friedensmit-

³⁷ James Carroll, *Jerusalem, Jerusalem. How the Ancient City Ignited Our Modern World*. Boston 2011, 310-317.

³⁸ Verwandt sind die Versuche von US-Nationalisten, eine Aufarbeitung der dunklen Seiten der amerikanischen Geschichte (z.B. Rassismus) zu verhindern und stattdessen „patriotische Bildung“ genannte Indoktrination zu bieten, z.B. im sog. „1776 Project“ der ersten Trump-Regierung (2020-21). Was damals am Regierungswechsel scheiterte, soll derzeit gemäß dem „Project 2025“ rechter Ideologen umgesetzt werden. Akademische Freiheit wird beschnitten, und selbst auf private Hochschulen wird Druck ausgeübt, Lehr- und Forschungspläne auf eine konservative und forschungsfeindliche Agenda umzustellen und „American Exceptionalism“ zu lehren. (Dass hier ein Begriff verwendet wird, der eigentlich nicht eine Wirklichkeit beschreibt, sondern den bloßen Glauben daran – ein ‚Ismus‘, der Wunschenken und Selbsttäuschung beinhaltet –, fällt schon niemandem mehr auf). – Einen Überblick über Bücherverbote in den USA gibt z.B. der Autorenverband PEN auf <https://pen.org/book-bans/>.

³⁹ So formulieren es Papst Franziskus und Groß-Imam Al-Tayyeb in ihrem 2019 in Abu Dhabi veröffentlichten *Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt*: https://www.vatican.va/content/francesco/de/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellanza-umana.html.

ter zu sein. In seiner Enzyklika *Fratelli tutti* (2020) über „Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft“ zitiert der Papst ausdrücklich das von ‚guten‘ Religionen geteilte Verständnis, dass der Glaube an Gott Bildung, Aufklärung, Frieden, Demokratie, Rechte und Würde befördern statt behindern muss und knüpft so an die oben skizzierten Grundzüge christlicher Friedensethik an.⁴⁰ Und bei seiner Asienreise im September 2024 unterzeichnete Franziskus zusammen mit dem Groß-Imam der Istiqlal-Moschee in Jakarta eine „Gemeinsame Erklärung“, die die Rolle aller Religionen beim „Schutz der Würde jedes menschlichen Lebens“ und in der sittlichen Bildung zu Respekt, Mitgefühl und Solidarität betont sowie vor Instrumentalisierung und „Missbrauch von Religion“ durch Extremisten warnt.⁴¹ Gute Religion hilft, Frieden zu schaffen. Dass zu dieser Erkenntnis aber auch *innerhalb* von Religionen Aufklärungsarbeit, sittliche und Friedensbildung benötigt werden, betonen z.B. die deutschen Bischöfe in *Friede diesem Haus* (Nr. 27off.).

Das Grundsatzprogramm der CDU setzt darauf, dass ein solches Religionsverständnis auch deutsche Muslime prägen kann. Diese Hoffnung wird durch Fakten gestützt, die in den Debatten nach Extremereignissen schnell vergessen sind, z.B., dass laut einer Allensbach-Umfrage die große Mehrzahl deutscher Muslime Demokratie für die beste Staatsform hält.⁴² Gleichwohl bleibt die Kritik an Problemformen des Islam oder damit verbundenen sozialen Strukturen wie *Clans* berechtigt, die im Zusammenhang mit der Kriminalitätsstatistik geäußert wurde und auch ins CDU-Grundsatzprogramm Eingang fand (GP 17). Wie groß in Deutschland die „Schnittmengen zwischen Clankriminalität und Islamismus“ sind, belegt ein neues BKA-Dokument, das am 15.1.2025 bekannt wurde.⁴³ Kritik an dieser unheiligen Verbindung ist kein Angriff auf Religion oder Kultur. Im Gegenteil, auch in der arabischen Welt sehen muslimische Menschenrechtsaktivisten die Clanherrschaft, die eine restriktive Religionszugehörigkeit und Lebensform durchsetzt, als „soziale Ursache von Unterdrückung“⁴⁴ und fordern, dass mehrheitlich muslimische Gesellschaften die „Clanherrschaft in eine Herrschaft des Rechts“ überführen.⁴⁵ Um Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit der Person zu gewährleisten, müssen demnach auch islamische Länder jene, im Islam grundsätzlich bejahte Meinungs- und Religionsfreiheit gewährleisten, die als eine der wesentlichen Errungenschaften moderner Staaten gelten kann.⁴⁶

⁴⁰ https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20201003_enciclica-fratelli-tutti.html

⁴¹ <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2024-09/wortlaut-gemeinsame-erklarung-von-istiqlal-2024-interreligioes.html>.

⁴² Hier zitiert nach der FAZ vom 25.8.2021.

⁴³ <https://www.tagesschau.de/inland/clankriminalitaet-islamisten-bka-100.html>. Für einen differenzierten Überblick über die Situation von Angehörigen türkisch-arabischer Clans in Deutschland s. aber auch die „Expertise Clan und Clankriminalität“ (2024) von Mahmoud Jaraba: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/EXPERTISE_Clans_Clankriminalitaet_Jaraba_Mediendienst_Integration.pdf.

⁴⁴ UN Development Programme/Arab Fund for Economic and Social Development/Arab Gulf Programme for United Nations Development Organizations, *The Arab Human Development Report 2004: Towards Freedom in the Arab World*. New York 2005, 17, <https://hdr.undp.org/system/files/documents/rbasahdr2004en.pdf>.

⁴⁵ So fasst es der amerikanische Rechtshistoriker Mark Weiner zusammen, der mit *The Rule of the Clan* (New York 2013) eine interkulturelle Studie zum Thema vorgelegt hat: M. Weiner, „Religious Freedom and the Rule of the Clan in Muslim Societies“, in: *Faith & International Affairs* 9/2 (2011), 39-45.

⁴⁶ *Arab Human Development Report 2004*, 56ff.

Soziale Phänomene, die Verbrechen oder Extremismus fördern, sind weder Religion noch Kultur (im weiten, moralisch-normativen Sinn des Worts), sondern Krankheitszeichen einer Kultur (im engeren Sinn einer bestimmten Gemeinschaft). Clankriminalität ist genauso wenig ein Kulturmerkmal des Islam wie Mafiaverbrechen des italienischen Katholizismus. Wer sich als Mitglied eines verbrecherischen Clans oder einer Mafia-„Familie“ religiös gibt, ist entweder bewusst bigott oder offenbart tiefstes Unverständnis wahrer Religion.

Schluss

Die vorstehenden Überlegungen boten eine Zusammenschau von gesellschafts- und weltpolitischen Zentralthemen des vergangenen Jahres 2024, die andauernde zeitgeschichtliche Relevanz haben und die Vision von einer besseren Welt auf verschiedene Weise gefährden: die Infragestellung der globalen Friedensordnung durch Putins neoimperialistische Aggression gegen die Ukraine und der Zusammenhang von ‚schlechter‘ Religion, Gewalt und Kriminalität.

Der Leitkulturbegriff des CDU-Grundsatzprogramms setzt sich bewusst vom grassierenden Pessimismus angesichts solcher Entwicklungen ab und sendet ein Signal der Hoffnung in die Zukunft des Menschen. Zugleich ist die gesellschaftliche Vision, die den Begriff inspiriert, keine grundlos optimistische Träumerei, sondern politisches und soziales Programm. Besondere Bedeutung kommt dabei der sittlichen Bildung als Kernelement des Leitkulturbegriffs zu, der keineswegs eine nur-deutsche Kultur meint und sich schon gar nicht in deutschtümelndem Brauchtum erschöpft oder als Aufforderung zum ‚Kulturkampf‘ jener Populisten missverstanden werden sollte, die sich heute gern als „anti-woke“ bezeichnen. Vielmehr meint Leitkultur zuerst ein Wertesystem, das sich am universellen Menschenrechtsethos orientiert, auf welchem die Verfassung der Bundesrepublik und ihre Freiheitlich-Demokratische Grundordnung beruhen.

Realistisch genug zu sehen, dass der Mensch immer wieder seine eigene Höhe verfehlt und die Anlage zu Vernunft und Gutsein oft nur unzureichend verwirklicht, steht das CDU-Grundsatzprogramm mit seinem Leitkulturgedanken doch in einer geistigen Tradition, die überzeugt ist, dass Bildung helfen kann, einige Hindernisse auf dem Weg zur ‚menschlichen Kultur‘ allgemeiner sittlicher Reife – und damit zum Ziel einer von Freiheit, Demokratie und dem Respekt für die Würde und Rechte aller Menschen getragenen Sozialordnung – zu überwinden.

Der Verfasser



Christian Göbel, Prof. Dr. Dr., ist Professor für Philosophie an der katholischen Assumption University in Worcester, MA (USA). Als Oberstleutnant der Reserve der Deutschen Bundeswehr unterrichtet er außerdem Ethik an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Über Ordo socialis

Ordo socialis ist eine Vereinigung zur weltweiten Förderung der christlichen Soziallehre und der wissenschaftlichen Sozialethik. Ordo socialis wurde als selbstständiger Verein und wissenschaftliche Tochter des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) 1985 nach einem internationalen Kongress in Rom gegründet. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, für eine gerechte globale Ordnung einzutreten. Ordo socialis verfolgt dieses Ziel insbesondere durch die Förderung (digitaler) internationaler Wissenschaftskommunikation auf dem Gebiet der christlichen Sozialethik. Neben der digitalen Open Access-Bereitstellung sozialetischer Schriften arbeitet Ordo socialis an der weltweiten Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern. Der Verein unterstützt sie bei der Verbreitung ihrer Ideen und Schriften sowie dabei, in einen Dialog untereinander zu treten.

Impressum

Herausgegeben von:

Ordo socialis – Wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre e.V.

Zentralbüro:
Georgstr. 18
D-50676 Köln

E-Mail: gf@ordosocialis.de
Internet: www.ordosocialis.de

© 2025 Ordo socialis – Wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre e.V.
ISSN 2748-5757